



Ach, Frankreich. Land der Aufklärung, der Revolution, der Menschenrechte – und des *Article 49.3*, jenes kleinen juristischen Zaubertricks, der regelmäßig dann hervorgeholt wird, wenn der republikanische Diskurs wieder einmal zu mühsam wird. Nun also wieder: Kein Haushalt 2026, keine Mehrheit, kein Kompromiss – aber immerhin ein Verfassungsartikel, der rettet, was politisch nicht mehr zu retten ist.

Sébastien Lecornu wollte es eigentlich besser machen. Weniger „Durchregieren“, mehr „Einbinden“. Man wollte das Parlament ernst nehmen, die demokratische Debatte pflegen, vielleicht sogar so etwas wie Vertrauen schaffen. Klingt schön. Und war natürlich naiv. Drei Monate später stehen wir da, wo Frankreich immer steht, wenn's ernst wird: *La République*, festgezurret im institutionellen Klammergriff.

Denn offenbar gilt in Paris: Wenn die Mehrheit fehlt, schafft man sie eben ab. Oder besser gesagt: Man überspringt sie. Artikel 49.3 ist längst nicht mehr Ausnahme, sondern Betriebsanleitung. Der Premierminister ruft: „Ich habe gesprochen!“ – und das Gesetz ist beschlossen. Voilà la démocratie.

Natürlich, man kann das pragmatisch nennen. Frankreich braucht ein Budget, die Staatsapparate müssen funktionieren, der Rechnungshof wartet nicht. Aber es bleibt doch eine ziemlich skurrile Pointe: Eine Demokratie, die ihren Haushalt nur mit einem Misstrauens-Vabanque-Spiel durchbringt, muss sich fragen, wie viel Vertrauen eigentlich noch da ist – nicht nur in den Premier, sondern ins ganze System.

Was aber passiert, wenn auch die Misstrauensanträge scheitern – wie üblich, weil sich auch die Opposition lieber empört als das Ruder übernimmt? Dann hat niemand gewonnen, aber alle haben sich erschöpft. Und Lecornu bleibt im Amt, nicht wegen Zustimmung, sondern mangels Alternative. Ein Triumph des Verfahrens über die Politik.

Es ist diese tiefe Ermüdung im politischen Betrieb, die den Verfassungsartikel 49.3 so gefährlich macht. Nicht, weil er die Verfassung verletzt – sondern weil er sie **exakt befolgt** und dennoch das Gegenteil politischer Teilhabe produziert.

Frankreichs Politik braucht keinen Zwang, um zu funktionieren. Aber sie scheint ohne ihn nicht mehr auszukommen. Und das ist das eigentliche Drama.

Ein Kommentar von Andreas M. Brucker